

Wichtiges an jedem Werk...
Preis monatlich hier...
Kunzeigen-Gesellschaft...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Verbreitete Zeitung im...
Telegraphische Anstalt...

Nr. 108

Dienstag den 11. Mai 1920

94. Jahrgang

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

ABC. Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:
Die meisten im Industriegebiet zusammengezogenen süd-
deutschen Reichswirtschaftsformationen haben bis auf keine Kom-
mandos nunmehr das Industriegebiet verlassen.

Große Gasthöfe wurden mit Beschlag belegt, was zu einer
Erschwerung des Reiseverkehrs führte.
Trotz alledem hat die Messe Erfolg gehabt, wenn auch
nicht alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllt wurden.

national gestimmten Ukrainern ist größer denn je und das
ganze Bündnis ist ohne diese nationalen Elemente zustande
gekommen.
Es müssen aber natürlich auch die nördlichen
Randstaaten in diese englische Kombination eingezogen werden.

Tagel-Reinigkeiten.

Unsere Brotversorgung.
Berlin, 8. Mai. Auf den telegraphischen Protest der
Stadtoverordnetenversammlung von München gegen die Erhöhung
des Mehlpriees hat das Reichsministerium für Ernährung

Kommunistischer Dampferraub.

Hamburg, 8. Mai. Die Cuxhaven Hochseefischereigesellschaft,
Eigentümerin des Dampfers 'Schröder', der von Kommunisten
oder Unabhängigen nach Arhangelsk gebracht worden sein soll,

Deutsch bis auf die Knochen.

Flensburg, 9. Mai. Der Deutsche Ausschuss für Schleswig
hat dem deutschen Vertreter bei der Internationalen Kommission
eine Erklärung gegen die Internationalisierung der zweiten Zone
mit 36 000 Unterschriften aus dieser Zone überreicht.

Unter französischer Krute.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Auf Anordnung des kommandierenden
Generals der Besatzungsarmee blieb das Opernhaus am 9. und 10. Mai
geschlossen. Diese Maßnahme ist auf den Vortrag eines Couplet
Verfes bei der Aufführung der Operette der Balletstudien am Freitag zurückzuführen.

Erregung unter den Schülern der Staatsbildungsanstalt Groß-Lichterfeld.

Berlin. Das preussische Unterrichtsministerium erklärt in einer
amtlichen Veröffentlichung, daß sich in der staatlichen Bildungsanstalt
Groß-Lichterfeld, der früheren Hauptkadettenanstalt eine Erregung
unter den Schülern eingestellt habe.

Sturm in der italien. Kammer.

Mailand, 7. Mai. In der Freitagssitzung der Kammer wurden
einige Interpellationen über die ausländische Politik gestellt.
Der nationalistiche Deputierte Federson bedauerte, daß sich die
Regierung zu Unterhandlungen mit den jugoslawischen
Delegierten nach Belgrad begeben habe.

Die Frankfurter Messe.

W.W. Mit großen Kosten und ebenso großer Mühe ist die
Frankfurter Messe aufgebaut worden. Die Besetzung des
Raumgebiets durch die Franzosen brachte zuerst eine Enttäuschung
und ein Gefühl der Unsicherheit, das auch heute noch nicht ganz
gewichen ist.

Eine neue große Offensive gegen Sowjetrußland.

ABC. Zum Aufenthalt des finnischen Generals Mannerheim
in Berlin erhalten wir aus sehr verlässlicher neutraler Quelle
die folgenden Informationen, die wir nachstehend wiedergeben
ohne die Verantwortung für die Richtigkeit zu übernehmen:
Die Berliner Reise des Generals Mannerheim, der hier mit dem
Leiter der englischen Militärmission General Malcolm konferierte u. von hier nach Paris und London weiterreist,

Teilnahme, Krankheit...
bed

ge.
den und
lung, daß

del

Entzündung...
Horden ist,
einem Leid
Hörern nach
aberd ver-

Johanna
Hefelotte.

Rechnungen...
17. Mai
Vor-
legenheit.

an verkaufe
rt

e.
Nagold.

2166

Steinen
14/16/25

Kau
ien, Calw
No. 8.



... dass die königlichen Gardisten das Postgebäude in Rom besetzt haben. Er ersuchte die Kammer, die Arbeit erst dann wieder fortzusetzen, wenn die Truppen zurückgezogen seien. Es entspann sich eine erregte Debatte, in der Schimpfwörter und Beleidigungen fielen. Die Debatte artete schließlich so aus, dass die Kammer ihre Arbeiten nicht mehr fortsetzen konnte. Die Tribüne musste geräumt werden. Später wurde die Sitzung wieder aufgenommen, um 6 Uhr abends aber wegen der Begrüßungsfeierlichkeiten für Bisolati aufgehoben.

Das Ende des Unternehmens d'Annunzio.

Milano, 8. Mai. Dem Secolo wird aus Rom berichtet, daß anlässlich des Konfliktes zwischen Karabinieri und Sturmtruppen des Nationalrats von Finanze d'Annunzio ein Schreiben überreicht hat, in dem die Befugnisse der Zivil- und Militär Gewalt umschrieben sind. Es wird u. a. verlangt, daß d'Annunzio nur diejenige politische Macht ausüben, die ihm zukommt. Das Blatt sagt bei, daß dieser Schritt des Nationalrats von Finanze das Ende des Unternehmens d'Annunzio bedeutet.

Das amerikanische Volk soll über die Völkerverbundfrage entscheiden.

Amsterdam, 8. Mai. Die Times melden aus Washington: Republikanische Senatoren von allen Staaten beschlossen in einer Versammlung, bei der Präsidentschaftswahl das amerikanische Volk über die Völkerverbundfrage entscheiden zu lassen. Eine Erklärung verurteilt die Völkerverbundstatuten, die Wilson aus Paris mitbrachte, und schlägt für den Fall, daß die Wahl auf einen Republikaner fällt, die Ausführung eines Programmes vor, wie es Knox in seiner letzten Rede aufstellte, die den Krieg für ungeschicklich erklärt, und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofes fordert. Weiter melden die Times: Die Entscheidung der Republikaner wird zwischen Johnson und Knox schwanken.

Aufstand gegen die Polen.

Stockholm, 8. Mai. Nach einer Meldung aus Gelsingfors soll im Bezirk Niska ein Bauernaufstand gegen die polnischen Befehlungsbehörden ausgebrochen sein. Die Bewegung richtet sich gleichzeitig gegen den polnischen Großgrundbesitz.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 9. Mai. Der allgemeine Arbeiterverband Confédération Générale du Travail (C. G. T.) hat gestern abend beschlossen, den Streik auf die Bau-, Metall- und Transportarbeiter auszuweiten. Zur letzten Kategorie gehören die Angestellten der Untergrundbahnen, der Straßenbahnen, der Autobusse, der Kraftfahrzeuge, der Expedition und der Binnenschiffe. Die C. G. T. wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Arbeiterklasse in Erwägung zu ziehen, zwingt dazu, der Streikbewegung eine weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei, die Herrschenden zu einer Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der unumgänglichen notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Die C. G. T. fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzusetzen.

Die Wahrheit über die bolschewistische Amnestie.

ABC. Die russische Zeitung "Segodnja" (Heute) berichtet, daß zahlreiche Russen, die aus Estland nach Sowjetrußland ausgewandert waren, in letzter Zeit wieder nach Estland zurückkehrten. Sie erzählten, daß die von der Sowjetregierung versprochene Amnestie sich als nichts anderes, als eine Provokation erwiesen habe. Beinahe alle weißen Soldaten der Judentruppe, die sich gutgläubig nach Rußland begeben, seien von den Bolschewisten verhaftet und zu 5-20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. In Jamburg seien 5 weiße Offiziere, die sich früher in Estland aufgehalten hatten, von den Roten zum Tode verurteilt und erschossen worden.

Beginnender Krieg.

Hamburg, 10. Mai. Die Dünefema Meinde in Altona hat infolge von Konjunkturoberflüssen ihre Zahlungen eingestellt. Sie bietet ihren Gläubigern auf 3 Millionen Forderungen 30%.

Vom Valutamarkt.

Wien, 10. Mai. Die deutsche Marktovaluta notierte am Samstag bei Schluß der Börsen in Zürich und Basel 10,7 bis 10,8 gegenüber 11,2 bis 11,4.

Kleine Nachrichten.

Stockholm, 9. Mai. Gestern früh traf in Stockholm der erste Transport deutscher Kinder ein, die den Sommer in Schweden verbringen sollen.

Paris, 9. Mai. Der Streik in Valencia dauert, wie die Agencia Hnos aus Madrid meldet, an. Auch in Saragossa wird jetzt gestreikt. In Constantina wurden 2 Streikbrecher von den Streikenden erschossen.

Württembergische Politik.

Änderung des Gemeindesteuergesetzes.

Dem Landtag liegt nun der Entwurf einer Änderung des Gemeindesteuergesetzes vor. Er bringt eine in zahlreichen Einzelheiten festgelegte Vergütungssteuer, deren Ertrag zur Hälfte dem Staat zufällt, ferner eine Erhöhung der Wohnsteuer in großen und mittleren Städten auf 10 M. in den übrigen Gemeinden auf 5 M. Selbstständige weibliche Personen zahlen die Hälfte. Außerdem wird eine Fremdenwohnsteuer für die Gemeinden festgesetzt, die 10 Prozent des Mietentgelts betragen. Die Hundesteuer wird auf 20 M. erhöht, der Gemeinderat kann die Abgabe bis zum Betrag von 100 M. für einen Hund, bis zu 150 M. für jeden weiteren Hund erhöhen. Die Gemeinde-Wandergewerbe-Ertragsteuer kann auf 100 M. hinaufgesetzt werden. Die Vergütungssteuer trifft Langbelustigungen, Karnevalsfeiern, Kostümfeste, Kinos, Volksbelustigungen auf Märkten und Messen, Theateraufführungen, Varietés, Zirkus und ähnliche Vorstellungen, Vorträge, Vorführungen abgerichteter Tiere u. a., Vorträge, Vorlesungen und Deklamationen, Konzerte, Preisregeln und zulässige Glückspiele, sporadische Veranstaltungen und Ausstellungen. Ausgenommen von der Steuer sind nur Veranstaltungen, die dem Unterricht

dienen, ferner Theateraufführungen der vom Staat oder den Gemeinden betriebenen Theater. Politische Versammlungen sind nicht steuerpflichtig, wenn aber bei einer Veranstaltung ein Entgelt erhoben wird, oder Speisen und Getränke verabreicht werden, so wird die Veranstaltung steuerpflichtig. Es wird eine Kartensteuer erhoben, die von 10 Wg. bis 150 M. bzw. 20 Wg. bis 4 M. geht. Wird kein oder ein freiwilliges Eintrittsgeld erhoben, so erfolgt die Steuerberechnung nach der Größe des Raumes, in dem die Veranstaltung stattfindet. Die Gemeinden können noch Zuschläge erheben. Die Vergütungssteuer soll Mittel für Volkserziehung und Volkshilfe schaffen.

Verteilung der Sozialdemokratie Württembergs.

Stuttgart, 9. Mai. Zum sozialdemokratischen Parteitag waren 240 Delegierte aus 60 Bezirken erschienen. Anwesend waren sieben Mitglieder des Landesvorstandes, 5 des Landesauschusses, 3 der württembergischen Regierung, 1 der Reichsregierung, 6 der Nationalversammlung, 37 des Landtags und 7 Vertreter der Parteipresse. Der Landesvorsitzende Friedrich Fischer hat sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle ist Otto Steinmeyer gewählt worden. Der Landesvorstand besteht aus Reich, Frau Hilber, Garsch, Decker, Krämer, Frei, Gneist, Resper und Oster. Als Reichstagskandidaten wurden folgende aufgestellt: 1. Wilhelm Reil-Zubovitzburg, 2. Karl Dillenbrand-Berlin, 3. Franz Feuerstein-Stuttgart, 4. Laura Schrabin-Neutlingen, 5. Gottlieb Renngott-Eßlingen, 6. Albert Solm-Stuttgart-Wangen, 7. Alexander Schilde-Stuttgart, 8. Friedrich Hertlinger-Ulm, 9. Erich Rohmann-Stuttgart, 10. Matthias Fritz-Hechingen, 11. Anton Eisele-Hechingen (Dona), 12. Otto Holentzien-Vöck, 13. Karl Ruggaber-Ulm, 14. Albert Bauer-Schramberg, 15. Karl Münch-Schelllingen. Für die Landtagswahlen sind noch nicht alle Kreise mit Kandidaten besetzt. In der Spitze stehen u. a. bis jetzt folgende Namen: für Gaildorf-Rosenburg: Steinmeyer; für Freudenstadt-Sulz-Oberndorf: Baur. Außerdem stehen zunächst einige ober-schwäbische Bezirke und Tübingen-Heilbronn-Heilbronn. In letzterem Bezirk wird vermutlich Hermann Landhüter, der zuerst für Neutlingen-Münchingen in Aussicht genommen war, das Balingen-Rottenburg-Hoch noch offen ist. Es zu verwundern, denn dort ist Rutatut sozialisten zu Hause. Göppingen-Geislingen ist ebenfalls noch offen, was wohl mit der schweren Erkrankung Bredemars zusammenhängt. Zur Verzung der offenen Bezirke ist eine Kommission aufgestellt.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 11. Mai 1920.

D. d. P. Letzten Samstag abend hatte man Gelegenheit, in der öffentlichen Versammlung der D. d. P. Partei in der Traube von bekannter sachkundiger Persönlichkeit, dem Handwerkerkammer-Syndikus Hermann von Neutlingen unsere politische und wirtschaftliche Lage besprochen zu sehen; nach dem vielen politischen Wippen und Wackeln etwas, das den reinen und klaren, der nur immer ehrlich das Rechte sucht. Neben anderem läßt die verehrte Redner etwas folgendes aus: Mühe des Parteiprogramms erwartet das Volk die Weiterführung der deutschen Wirtschaft. Die staatsrechtliche Grundlage, die demokratische Verfassung ist gegeben, ihr gilt der Kampf von beiden Seiten. Demokratie bedeutet in erster Linie ein heroisches Müssen von Pflichten; sie nur vom Standpunkt der Geltendmachung von Rechten anzusehen, dem hat unsere D. d. P. entgegenzutreten. Die geleistete Arbeit der Regierung braucht nicht bewundert zu werden; wer aber die dornenreiche Aufgabe eines jeden Reichsministers, des Opfers, das jeder u. jede Partei bringt, die in die Regierung eintritt, die treue Hingabe des überwiegenden Teils der Regierungspersönlichkeiten für das Wohl des Volkes nicht anerkennt, der zeigt Verständnislosigkeit oder die schlechte Moral, mit billiger Opposition, die er selbst nicht verwirklichen kann, das Volk zu verführen. Die beste demokratische Verfassung genügt nicht, wo nicht die Einigkeit der breiten Massen, ihre Erinnerungsliebe da ist. Bloß eine Regierung der Mehrheit ist auch nach den neuen Wahlen möglich. Die Demokratie marschiert — ob ganz links, ob auf einer mittleren Linie! Das sollten sich die Rechtsparteien merken. Und sie muß es, wenn die neuen Verhandlungen in Spaas nicht unser Leichenstein, sondern wirkliche Friedensverhandlungen werden sollen. Revision des Friedensvertrags muß im Brennpunkt unseres ganzen politischen Lebens stehen. Die Neuordnung unserer Wirtschaft ist im Gang, das Loch im Westen ist verstopft, die Einfuhr unmöglich gemacht, unsere Valuta muß langsam aber stetig steigen, ein plötzliches Aufschwellen würde unsere Export unmöglich machen. Es handelt sich um die Demokratisierung des Wirtschaftslebens, wozu uns die alten Pläne den besten Fingerzeig geben. Jeder Arbeiter darf keine bloße Nummer, sondern muß Mensch sein, wenn er Interesse am Produktionsprozess haben soll. Aus dieser Richtung entspringt das Betriebsratsgesetz, das in der Praxis sich bewähren muß. Die Geschäftsverantwortung, die sich in den nächsten Jahren ins Riesenhafte strömen wird, ist dadurch erleichtert. Man denke nur an die unerschöpflichen Arbeiterentlassungen. Jede Sozialisierung oder Kommunalisierung des Handwerks muß abgelehnt werden, aber der Hebernat der Privatmonopole in Kohle, Rahl, elektr. Kraft usw. muß gebrochen werden. In der Wirtschaftsführung ist der Grundlag vom freien Spiel der Kräfte ein Schlüsselwort mit dem nicht mehr auszukommen ist, das zu einer Zusammenballung des Kapitals führen könnte. An der Eigenwirtschaft des Einzelnen mit Selbstverantwortung, Unternehmensfähigkeit und treuer Sorgfalt muß festgehalten werden, aber so, daß man sich ins Ganze einordnet, Drogenamt ist verderblich. Für das Handwerk ist eine neue Zeit angebrochen, ihre Gleichberechtigung mit dem Großindustriellen bedeutet die Einleitung der demokratischen Wirtschaft. Zwangswirtschaft muß, wo es möglich abgeschafft werden, wo nicht, muß sie ertragen werden. Die schwersten Kämpfe, die uns noch bevorstehen, müssen durch die Verinnerlichung des Volkes überwunden werden, durch rechte Arbeitsdisziplin. Wo es sich nicht um intensiver Maschinenarbeit handelt, ist der 8 stünd. Arbeitstag heute ein Luxus. Der gemeinsame Wille aller produktiv Arbeitenden ist das Entscheidende. Man rede bei der Finanzwirtschaft nicht von Staatsbankrott, bloß Sparfamelei mit großer Verteilung der Steuerlast nach dem Grundgesetz der Leistungsfähigkeit kann zur Gesundung führen. Erhöhung des Portos war unumgänglich notwendig, aber die Telephonabgabe bedeutet eine unerträgliche Belastung für den mittleren

Mann. Auch die Besteuerung muß demotiviert werden durch eine Einordnung in das, was Recht ist. In all diesen Fragen stehen wir vor einer Entscheidung, den kommenden Verhandlungen in Spaas, eine starke, nationale soziale Demokratie muß uns drüber weg führen.

B. R. Bernack. Heute sind es 30 Jahre, seit der derzeitige Polizeikommandant Joh. Wg. Frey bei der Guts Herrschaft als Polizeikommandant arbeitete. Aus diesem Anlaß wurde ihm eine Prämie von 50 M. übergeben.

Aus dem übrigen Württemberg.

Freudenstadt, 9. Mai. Im Gemeinderat wurde über das Ergebnis der Besprechung beim Ernährungsministerium wegen der Zulassung des Fremdenverkehrs berichtet. Kurfernde werden nur gegen oberamtliche Erlaubnis aufgrund eines amtärztlichen Zeugnisses zugelassen. Die Hotels werden auf eine bestimmte Zahl von Liebermännern beschränkt. Also wie im vorigen Jahre. Liebenzell, Widdach u. Mergentheim sollen, wie dabei verlautete, von diesen Beschränkungen befreit sein.

Hechingen, 9. Mai. Zum Andenken an ihre hier geborene Großmutter hat Frau Minna Schmidt in Chicago laut Unterfisch. Zeitung 5000 M. für das hier zu errichtende Wächterinnenheim gespendet. Frau Schmidt ist auch an den bekannten Spenden des Schwabenvereins in Chicago beteiligt.

Ludwigsburg, 8. Mai. Die hiesigen Gastwirte haben beschlossen, kein Mittagessen mehr unter 5 M. u. im Abonnement unter 4 M. abzugeben.

Oberndorf, 9. Mai. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot hat der Gemeinderat den Zugang in die Stadt bis auf weiteres verboten. — In den Stadtwaldungen haben die Forstbesitzer derart überhandgenommen, daß für ihren Bestand eine wirkliche Gefahr besteht. Infolgedessen hat der Gemeinderat beschlossen, für jeden zur Angewandten gebrauchten Fall eine Beschlagnahme von 5 M. aus der Stadtkasse zu bezahlen.

Waiblingen, 9. Mai. Die Kirchlichen werden eine Volksliste erheben, die späteren Sätzen, besonders die Kirchenbesitzer, sind weniger voll bezeugen, doch ist im Durchschnitt im ganzen Land eine gute Kirchenliste zu erwarten. Die Kirchlichen sind in acht Tagen fertig. Laut Remstalboten wollen nun die Kirchenbauern an die Regierung den Antrag stellen, die Beschränkungen über den Kirchenort zu aufheben, weil beim freien Verkehr viel weniger Kirchen verfallen und der normale Handel der Kirchen den Verbrauchern viel besser zuließe, als es durch die unzulässige Regelung möglich ist. Die hiesigen Kirchenbauern wollen ihre Verbindung mit dem Remstal wieder aufknüpfen und als Gegenleistung Heidelbergern nach Württemberg liefern. Heute nachmittag ist in Strümpelbach eine Versammlung der Kirchenbauern. Ob man wohl auch die Preise gleich festsetzen wird, und wie hoch werden sich diese z. B. für die Stuttgarter stellen?

Die Erhebung der Einkommensteuer durch Steuermarken.

Nach vorliegenden Meldungen sind die Einführungsbestimmungen zu den §§ 45-52 des Reichseinkommensteuergesetzes, die den 10-prozentigen Abzug von Lohn, Gehalt usw. regeln, in Vorbereitung. Nachdem was bisher darüber bekannt geworden ist, tragen die Bestimmungen dem Prinzip der Kostenersparnis im Betrieb durchaus ungenügend Rechnung. In Anbetracht der gewaltigen Steigerung aller Löhne und Gehälter handelt es sich bei der Steuererhebung in den einzelnen Betrieben um sehr bedeutende Geldbeträge, deren Verwaltungsbetrieb im entscheidenden Maße fruchtlos. Umso mehr erscheint es gerechtfertigt, daß alle praktischen Vorschläge zur Erleichterung des Fortfahrens der Steuererhebung eingehend geprüft und die durch die neue Erhebungswiese erwachsenden, ungeheuren, vollständig unproduktiven Lasten der Unternehmensführung mindert werden. Der Hansa-Bund hat sich mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium gewandt und darauf hingewiesen, daß es durchaus unangenehm ist dem Arbeitgeber, wie beabsichtigt, allein die ganze Arbeit des Lohnabzuges, Beschaffung u. Einleiten der Marken in die Steuerarten anzuschließen und ihn die zehrende Berechnung in den einzelnen Spalten der Steuerkarte vornehmen zu lassen. Der Arbeitnehmer hat selbst das größte Interesse an der richtigen Führung der Steuerarten, so daß der hierzu notwendige Arbeitsaufwand ihm auferlegt werden kann. Nach Berechnungen größerer Werte würde allein für die Tätigkeit des Steuererhebens eine Reuanstellung von zwei Angestellten auf 300 Arbeiter usw. notwendig sein, falls die alleinige Arbeit auf dem Arbeitgeber lastet. Als Mittel zur Erzielung von Ersparnissen und zur Entlastung des Arbeitgebers schlägt die Eingabe des Hansa-Bundes vor, daß die von den Arbeitgebern aus den einbehaltenen Lohnabzügen eingekauft und von ihnen entwerteten Steuermarken dem Arbeitnehmer ausgehändigt werden und ihm die Führung der Steuerarten überlassen bleibt. Ferner wird der Vorschlag gemacht, Unternehmungen von einer bestimmten Größe an zu gestatten, die Steuermarken nicht wöchentlich, sondern in entsprechender Höhe vierteljährlich zu verwenden.

Mit aller Entschiedenheit tritt der Hansa-Bund für eine Entschädigung des Arbeitgebers für seine Tätigkeit als Steuerernehmer ein. Das Verlangen des Fiskus, daß eine Privatperson für ihn unentgeltlich mühsame und ihm selbst Unkosten verursachende Arbeit verrichtet, widerspricht allen Gesetzen des öffentlichen Lebens. Die Arbeitgeberschaft trägt heute schon die geschäftlichen und moralischen Lasten der Arbeiter und Angestelltenversicherung. Der Einbehalt und die Berechnung der Besteuerungsbeträge stellt nun fraglos eine verwaltungsmäßige Notwendigkeit dar, während die Ernennung des Arbeitgebers zum Steuerernehmer sachlich nicht begründet ist.

Die Straßenbahnfrage.

Stuttgart, 9. Mai. Einem größeren Aufsatz des Neuen Tagblatts über die schwierigen Entscheidungen, vor denen die Straßenbahnen stehen, ist zu entnehmen, daß seit der letzten Tarifherhöhung auf mindestens 40 J bei den Einzelschleichen bereits ein Verkehrsausfall von 10-15% zu verzeichnen ist. Dabei sind die Betriebskosten noch ständig im Wachsen begriffen, namentlich auch durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter für das Personal, was bis zum 31. Dezember eine Mehrausgabe von 3 1/2 Millionen Mark weiter ausmacht. Das nunmehrige Durchschnittseinkommen eines Straßenbahnangestellten beträgt 810 M. im Monat bei freier Dienstlo-



...fiziert werden
In all diesen
...kommen
...logische Devo
...R.
...der dergeltige
...als
...eine

Berg.
...wurde über
...ministerium
...bericht. Kur
...aufgrund
...Hotel
...beschäftigt
...u. Vergent
...Beschränkungen

...an ihre hier
...in Chicago
...errichtende
...auch an den
...betelligt.
...sitzte haben
...im Absonne

...der Wohnungs
...Stadt bis auf
...haben die
...für ihren Be
...haben hat der
...gebrachten Fall
...zu bezahlen.
...werden eine
...ders die Sträh
...ist im Durch
...zu erwarten
...Zustand
...Regierung den
...Krisenverkehr
...weniger Kir
...schen den Ber
...e omlische Re
...schädel wollen
...anküpfen und
...ndberg Liefera
...rfammlung der
...reise gleich le
...B. für die

Steuermarken.
...Einführung des
...kommensteuer
...Gehalt usw.
...der darüber be
...dem Prins
...genügend Rech
...ung aller Bö
...hebung in den
...überträge, deren
...Anföhrer
...Vorschläge zur
...bung eingehend
...weise etwa
...produkt
...tunlichst ver
...sich mit einer
...wandt und da
...fertig ist dem
...des Lohn
...die Steuer
...Berrechnung
...vornehmen zu
...Interesse an
...daß der hierzu
...werden kann
...allein für die
...von zwei An
...sein, falls die
...Mittel zur
...ng des Arbeit
...vor, daß die
...n Lohnabhäng
...uermarfen dem
...die Führung
...der Vorschlag
...uten Gehä an
...lich, sondern in
...den.

...Bund für eine
...e r s für seine
...langen des F
...mähame
...verrichtet, wi
...Lebens. Die
...schon die
...Kasten der
...föhren u
...der Verke
...Arbeitsgebers
...ist.

...ffag des Neuen
...vor denen die
...seit der letzten
...Eingellabrid
...zu verzeichnen
...ig im Wachsen
...der Höhe und
...Denzember eine
...weiter ausmacht
...Straßenbahn
...reiter Dienstlei

...den die Kartoffeln und das Getreide der Zwangswirtschaft
entziehen lassen.

**Der Völkerverband als angereichernd erklärt zur Erhaltung
des Weltfriedens.**
Frankfurt a. M., 10. Mai. Die „Frankfurter Zeitung“
meldet aus New York: Der New Yorker Staatskongress be
stärkt die allgemeine Ablehnung und erklärt den Völkerverband
als unzureichend zur Erhaltung des Weltfriedens.

Nichtlinien für die Zentrumswahl-Agitation.
Berlin, 11. Mai. In der Germania werden Richtlinien
für die Zentrumswahl-Agitation aufgestellt. Der zukünftige
Reichstag, heißt es in dem Artikel, darf keine sozialdemokra
tische Mehrheit haben; die Gefahren einseitiger Klassenherr
schaft werden mit ihr heraus beschworen. Die Hauptgefahr
der sozialdemokr. Mehrheit droht von den Unabhängigen;
war werden sie nicht allein die Majorität erzielen können,
wohl aber liegt die Möglichkeit vor, daß sie durch den zu
erwartenden Zuwachs mit den andern sozialdemokratischen
Parteien zusammen diese Mehrheit zustande bringen könnten.
Gegen die Deutsch-Nationalen werde das Zentrum
einen energischen Kampf führen müssen; von ihnen gelte
nähzu das gleiche wie von den Unabhängigen; ihr Ziel sei
die Errichtung einer einseitigen Herrschaft, unter der das
Reich nicht gedeihen könne. Das erste Ziel der Wahlarbeit
müsse sein, das Zentrum so stark wie möglich zu machen;
keine Zerspaltung, sondern ein geschlossenes aktionsfähiges
starkes Zentrum müsse die Parole sein.

Verhandlungen über einen notwendigen Betrieb auf der Elbe.
Berlin, 11. Mai. Wie dem R. N. aus Dresden ge
meldet wird, sind die Schiffseigner und der Transportarbeiter
verband in Verhandlungen eingetreten, um auf der Elbe
wenigstens einen notwendigen Betrieb in Gang zu bringen.

Schnellzug Stuttgart—Jülich.
Som 1. Juni an geht der von Berlin um 8.06 Uhr om.
vier eintreffende Berliner Nachschnellzug um 8.20 Uhr nach
Jülich weiter, wo er um 2.55 Uhr am. eintrifft. Der Gegen
zug geht in Jülich um 11 Uhr om. ab, trifft 5.50 am. in
Stuttgart ein und geht um 6.15 abends nach Leipzig und
Berlin weiter.

Sport und Spiel.
Bei dem am vorgestrigen Sonntag in Stuttgart statt
gefundenen Entscheidungsspiel um die süddeutsche Fuß
ballmeisterschaft schlug der I.F.C. Nürnberg den F.C. Pfalz
Ludwigshafen mit 3:0 Toren. Nächsten Sonntag erstes
Spiel um die deutsche Meisterschaft Nürnberg gegen V. I.
B. Leipzig in Halle a. S.
Die süddeutsche Fußballmannschaft im Länderspiel
gegen Ungarn am Himmelfahrtstag in Pforzheim steht in
folgender Aufstellung: Tor: Lohrmann (Mannheim); Ver
teidiger: Höschle (Stuttgart), Kickers, Unselde (Stuttgart),
Kickers; Läufer: Liede (F. C. Freiburg), Schneider (Bayern
München), Schmidt (T. V. Fürt), Stürmer: Wunderlich
(T. V. Fürt), Bantle (F. C. Freiburg), Dolland (Pfalz Lud
wigshafen), Schöllhammer (V. I. B. Karlsruhe), Forell (L. F.
C. Pforzheim). Die Spieler vom I. F. C. Nürnberg treten
nicht an, um sich für die Spiele für die deutsche Meister
schaft zu schonen.
Wie wir hören, gehen am 13. Mai aus den Richtun
gen Mannheim—Karlsruhe und Stuttgart Extrazüge nach
Pforzheim, um die Zuschauer zum Länderspiel heranzu
bringen.

Wirtschaftliche Wochenchau.
Getreide. Wenn man den Devisenmarkt als Baro
meter der deutschen Wirtschaft grüßen will, befinden
sich unsere ökonomischen Verhältnisse in langsamem, aber
ununterbrochenem Aufstieg. Die Markt in Jülich bringt jetzt
jede Woche durchschnittlich um einen Kappen. Am Frei
tag mittags stand sie 11.10, am Freitag abend 10.95 Kappen
gegen 9.80 Kappen vor acht Tagen. Entsprechend flüssig
gestalten sich auch allmählich die Markttarife an den anderen
Auslandshäfen. Der einheimische Zirkel ist unerschütter
geblieben.

Börse. Die Verkaufslust der Warenhandelskreise, die
jetzt, wo die Hochkonjunktur der Waren zu Ende geht, sich
durch Verkauf ihrer Wertpapierbestände an der Börse zu er
lassen suchen, ergreift an den deutschen Börsenplätzen eine
Unfluth und große Zurückhaltung im Geschäft. Die Kurse
bewegen sich weiter ab, größtenteils nur um wenige Prozent,
vielfach aber auch mit Sprüngen, die die Gefahr einer Börsen
krise nahebrücken, wobei die bisher von der Spekulation am
meisten bevorzugten Papiere am schlimmsten mitgenommen
werden. Die einheimischen Anleihen dagegen halten sich gut,
indem beispielsweise Kriegsanleihe wieder auf 79.50 gestiegen
ist, 4%ige Württemberger dagegen auf 90 zurückgegangen.

Produktenmarkt. Das neulich leicht verbesserte Interesse
für Haber hat bereits wieder nachgelassen. Die Käufer halten
überall zurück und das Angebot nimmt zu. Etwas besser
ist die Nachfrage nach Hülsenfrüchten, auch die nach Strah
gang gering ist das Interesse für Dru, weil bei dem prächt
vollen Frühjahrsernte überall schon die Grünfütterung ein
setzt. Die letzte omlische Habernotierung in Berlin war 150
bis 145 K pro Zentner Haber; letztere Kotiz 1000 ab Bahn.
Warenmarkt. Der Kampf zwischen Händlern und
Käufern ist jetzt überall entbrennt. Die Käufer können den
Abbau der allzu hoch hinaufgeschraubten Preise nicht länger
abwarten, weil ihnen einfach das Geld ausgeht; die Verkäufer
möchten zwar ihre teuren Warenlager entlasten und
sind wegen der mehren Einbeziehung in übler Lage. Ueber
diese Spannung müssen wir eben hinwegkommen. Der Käufer
hat ungenügend Opfer gebracht und verlangt jetzt vom
Verkäufer die Herabsetzung der Preise, auch wenn sie für diesen
mit Opfern verbunden ist. Die Produktionseinschränkung in
der Schuhindustrie ist eine Folge der radikalen Kaufein
schränkung und hat leider bereits zur Arbeitslosigkeit in
den Fabriken geführt. Auch im Textilgewerbe macht sich die
Zurückhaltung der Käufer durch eine große Geschäftslähme
bemerkbar. Dabei sind die Textilindustriellen wegen des ger
ingen Preisrückgangs der Rohstoffe über daran als die
Schuhfabrikanten, die wissen, daß der starken Entwertung der
Gütere eine solche des Leders bald folgen muß. — Bedauer
licherweise macht der Rohstoffmarkt immer noch keine Miene,
diesen schwierigen Wirtschaftszweig zu erleichtern. Die neuen,
seit 1. Mai geltenden Kohlenpreise sind außerordentlich hoch
und stellen immer noch mehr als das Fehlsache des Frie
denspreises dar. Die Brennstoffverkaufspreise und die Frage
des Handelsverkehrs sollen dieser Tage geregelt werden. Eisen
hat nochmals im Preise angezogen. Im Drahtgewerbe gab
es gleichfalls neue Steigerungen.

Warenmarkt. Die Seuchnot unterbindet den gesam
ten Marktverkehr in Rauh- und Schlachtwied und macht eine
Preiskontrolle unumgänglich. Die Nachfrage nach Ferkeln scheint
etwas nachzulassen, der Preis * aber immer noch 200 K
und darüber.

Holzmarkt. Das Geschäft in den verschiedenen Holz
arten beginnt etwas ruhiger zu werden. Die Preise geben
nicht nur bei Rund- u. Langholz, sondern auch bei geschnitte
nem Bauholz weiter nach. Auch hier ist der Höhepunkt der
Konjunktur, auf deutsch gesagt des Wunders, augenscheinlich
überhritten.

Legte Nachrichten.
**Besprechungen der Ernährungsminister über das neue
Erntejahr.**
Berlin, 11. Mai. Wie das R. L. hört treten am Samstag
Abend dieser Woche unter dem Vorsitz des Reichsernährungs
ministers Hermes die Ernährungsminister der Länder zu Be
sprechungen über das neue Erntejahr in Berlin zusammen.
Es handelt sich um Sicherstellung des Getreides und der
Kartoffeln; Bayern wird wie verantwortet unter keinen Umstän

Amerika entsendet Seesoldaten nach Mexiko.
Amsterdam, 10. Mai. Wie aus Washington gemeldet
wird, erhielten 1200 Seesoldaten den Befehl, von Philadelphia
nach New York abzugehen, um sich dort für den Dienst in
Mexiko bereit zu halten. Der Marineminister Daniels er
klärte, daß es sich um eine Vorhutmaßregel handle. Die
Seesoldaten würden nur nach Mexiko geschickt werden, wenn
es dort zum Schutze der dortigen Amerikaner nötig würde.
Palo, 10. Mai. Der Kommandant der mexikanischen
Bundestruppen General Manguta Carcazon meidet, daß
vor keinem Wegzug von Mexiko die im Militärgefängnis

Frankreich aufgehoben der franz. Einfuhrverbote auf das Saargebiet.
Saarbrücken, 10. Mai. Wie aus Paris gemeldet wird,
haben die einmütigen Proteste aller Kreise des Saargebietes
und die Bitten der Regierungskommission wegen der
Anwendung der franz. Einfuhrverbote auch auf das Saar
gebiet die französische Regierung veranlaßt, eine Verfügung
an die Zollbehörden zu erlassen, die die Anwendung der Ein
fuhrverbote auf das Saargebiet verbietet.

Frankreich aufgehoben der Reihe der zivilisierten Nationen.
 Haag, 10. Mai. Die „Frankfurter Post“ knüpft an den
Protest des Amerikaners John de Kan gegen die Verwendung
schwarzer Truppen durch die Franzosen in Deutschland an
und stellt mit Entschiedenheit fest, daß die Franzosen ihrer
schändlichen Handlungsweise fürzlich die Krone durch die
Belegung der Frankfurter Universitäts mit Regimentsmusik auf
gelegt hätten. Frankreich, das früher an der Spitze der Zi
vilsationsstand, scheint nicht zu begreifen, daß es sich mit
einer solchen Handlungsweise sozialgen auherhalb der Reihe
der zivilisierten Nationen stelle.

Generalstreik in Frankreich.
 Lyon, 10. Mai. Das Personal der Straßenbahnen hat
beschlossen, der Aufforderung zum allgemeinen Streik Folge
zu geben. Die Straßenbahnen verkehren nicht.
St. Etienne, 10. Mai. Sämtliche Gewerkschaften haben
heute den Generalstreik beschlossen.

**Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz
zum Völkerverband.**
 Bern, 10. Mai. Am 16. Mai findet in der Schweiz die
Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völk
erverband statt. Seit Wochen wird eine große Agitation für
und gegen den Beitritt betrieben. Am gestrigen Sonntag wurden
im ganzen Lande große Volksversammlungen abgehalten,
wobei alle Mitglieder des Bundesrats in verschiedenen Orten
Reden zu Gunsten des Beitritts hielten. Auch die Führer
der großen Organisationen in Handel, Industrie, Landwirt
schaft und Gewerbe sind für den Beitritt. Die Meinung der
Landesverteidigungskommission ist geteilt. Vereingelte Poli
tiker der katbol. Schweiz und aus den übrigen kaiserlichen
Lagern wehren sich dagegen. Geschlossen ist die Gegnerschaft
bei den Führern der sozialistischen Partei. Die Gegner
wünschen grundsätzlich eine Volksabstimmung, aber auf einer
anderen Grundlage als der derzeitige Völkerverbandvertrag.
Das Abstimmungsergebnis ist noch nicht voranzusehen.

Bedrohende politische Umwälzung in Griechenland.
 Berlin, 11. Mai. Wie der R. N. aus Kopenhagen
erfährt, meidet die italienische Korrespondenz in Athen über
einstimmend, daß in Griechenland eine politische Umwälzung
nahe bevorsteht.

Amerika entsendet Seesoldaten nach Mexiko.
 Amsterdam, 10. Mai. Wie aus Washington gemeldet
wird, erhielten 1200 Seesoldaten den Befehl, von Philadelphia
nach New York abzugehen, um sich dort für den Dienst in
Mexiko bereit zu halten. Der Marineminister Daniels er
klärte, daß es sich um eine Vorhutmaßregel handle. Die
Seesoldaten würden nur nach Mexiko geschickt werden, wenn
es dort zum Schutze der dortigen Amerikaner nötig würde.
Palo, 10. Mai. Der Kommandant der mexikanischen
Bundestruppen General Manguta Carcazon meidet, daß
vor keinem Wegzug von Mexiko die im Militärgefängnis

**Wer seine Wäsche schonen,
Arbeit, Feuerung und Geld sparen und
weniger Seife gebrauchen will,
verwende
BURNUS
zum Einweichen der Wäsche.**

Wichtig! Fühnerbestiger! Neu!
Züchtet Fühner! Mein gefestigtes geschäftliches
Geschlechtsanzeiger und Eierprüfer
gibt Ihnen die Garantie, daß Sie kein Fühnen und keine
unfruchtbareren Eier haben. Lebenslanglich haltbar. Bei
Richtigfallen oder Nichterfolg Geld zurück. Preis * 5.—,
Nachnahme 65 * mehr. 2186
D. L. Leus, Hausen-Raitbach, Baden.
Bitte ausschneiden! Aufbewahren!

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.
Eriedigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.
Für die Schriftleitung verantwortlich: C. H. L. G. & B. i. Nagold
Druck: Nagold bei G. W. Müller'schen Buchdruckerei (Hart Jansen Nagold)

Anteilliche Kurse
mitgeteilt von der
Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.

Bankhaus Baer & Elend, Karlsruhe i. B.		Anteilliche Kurse	
7 1/2 % Kriegsanleihe	79 1/2	Allgem. Gl. Mt.	338
4 1/2 % Württemberger	89	Bayer. Pfand.	168
4 1/2 % Bad. Eisen. Mt.	91	Frankf. Pfand.	168
5 1/2 % do. cons.	88	Währn.	400
4 1/2 % Bayern	86	Bad. Anilin u. Soda-Mt.	480
		Deutsche Reich-Mt.	396
Droste Schwarz 100 Franken = * 888			
Dolland 100 Gulden = * 1865			

Ein Arbeiter kann sofort eintreten bei R. Kaufer, Kalkwerk Nagold.

Am Samstag den 15. Mai nachmittags 2 Uhr
kommt in meinem Hause nachstehendes zum Verkauf:
**1 älterer Ruhwagen, 1 Pflug mit Zubehör
1 Rübenscheider, 1 ältere Drehbank,
verschied. Rnhgeschirre, circa 200 eichene
Speichen (trocken), 1 alt. Hobelbank.**
Untertalheim den 10. Mai 1920. 2176
Dionysius Bischof, Schmied.

Räumungsverkauf in Strohhütten aller Art
solange Vorrat, bei Chr. Raaf, Nagold. 2123
Habe wieder großes Lager in la. rheinischen Schwemmsteinen 2166
Größen: 10/12/25, 12/14/25 und 14/16/25
und gebe solche gegen Anweisungsschein der Bezirkbau
stoffstelle ab.

Hugo Rau
Baumaterialien, Calw
Fernsprecher No. 8.

Wer seine Wäsche schonen,
Arbeit, Feuerung und Geld sparen und
weniger Seife gebrauchen will,
verwende
BURNUS
zum Einweichen der Wäsche.

Duonus in kaltem oder lauwarmem Wasser (jedoch nicht über 40° C)
aufsetzen, die Wäsche dann einige Stunden - je nachdem über Nacht -
weihen lassen, dann nachspülen u. mit etwas Seife oder Seifenpulver
kurz feiden. Das Wäsche-Einweichmittel Duonus ist überall erhältlich.
Hersteller: Chemische Fabrik Köhm & Haas in Darmstadt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Fleischpreise. 2172

laut Erlaß der Fleischverorgungsstelle Stuttgart Nr. 3445 vom 20. April werden mit sofortiger Wirkung die Fleischpreise wie folgt festgesetzt:

Rindfleisch	per Pfund	4.40
Kalbsteck		3.20
Blutwurst (Blunse abgebunden)		1.40
Leberwurst		2.45
Schwarzenmaggen roh		2.85
Schwarzenmaggen weich		2.85
Schinkenwurst angetraucht		4.50
Streichleberwurst sogen. Berliner oder Frankfurter Leberwurst		5.20
Schinkenwurst horingermaist		6.20

Nagold, den 10. Mai 1920. Oberamt: Mü n g.

Betreff: Fleischkonserven. 2171

In der Woche vom 10. bis 15. Mai wird an Stelle von Frischfleisch Konservenfleisch ausgegeben. Es entfallen auf den Kopf der Fleischverorgungsberechtigten Bevölkerung bei Abgabe mit Dose 150 Gramm, bei Abgabe ohne Dose (also im Anschnitt) 120 Gramm.

Der Verkaufspreis beträgt:

	per Dose	im Anschnitt per Kilo
Fleischkonserven	9.20	10.80
Leber- und Blutwurst mit Speck	7.—	8.20
Blutwurst	5.95	7.—

Diese Konserven werden wie das Frischfleisch den Metzgermeistern zugewiesen u. nur gegen Fleischmarken abgegeben.

Nagold, den 10. Mai 1920. Oberamt: Mü n g.

Bekanntmachung, betr. die Anmeldung von Ansprüchen auf Vergütung von Kriegsteilnahmen.

Auf Grund des § 22 des Gesetzes über die Kriegsteilnahmen vom 13. Juni 1873 (Reichsges. Bl. S. 129) werden die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu Kriegsteilnahmen in Anspruch Genommenen aufgefordert, ihre Ansprüche auf Vergütung alsbald anzumelden, soweit dies nicht bereits geschehen ist.

Es sind anzumelden die Ansprüche

- für Leistungen nach § 3 Ziffer 1 bis 5 und § 23 des Gesetzes bei dem Oberamt.
- für Leistungen nach § 28 des Gesetzes bei der Eisenbahn-Abteilung des Heeresabwärtungsamtes in Berlin.
- für Leistungen nach § 3 Ziffer 6 und § 25 des Gesetzes bei dem Heeresabwärtungsamt Württemberg in Stuttgart.

Die Anmeldungen müssen binnen einer mit dem Tage der Ausgabe dieses Blattes beginnenden Ausschlussfrist von 1 Jahr 3 Monaten bei den unter a bis c bezeichneten Behörden vorliegen. Die von den Gemeinden in Anspruch Genommenen haben ihre Ansprüche bei diesen Gemeinden innerhalb eines mit dem Tage der Ausgabe dieses Blattes beginnenden Ausschlussfrist von 1 Jahre anzubringen.

Mit dem Ablauf der vorgenannten Ausschlussfristen erlöschen die nicht angemeldeten Ansprüche.

Nagold, den 8. Mai 1920. Oberamt: Mü n g.

Bekanntmachung.

Auf den städt. Kanzleien ist am **Mittwoch, den 12. Mai 1920,**

Durcharbeitungszeit

bis **nachmittags 3 Uhr.**

Nagold, den 11. Mai 1920. Stadtschultheißenamt: Maier.

Bekanntmachung.

Bei der am 9. 4. 1920 zahlreich besuchten Müllergehilfen-Versammlung in Dorn wurde einstimmig beschlossen, daß als **Lohn der Müllergehilfen** ab 1. Juni **pr. Ztr. 1 Mt.** beansprucht wird.

2187 **Alle Müllergehilfen des Bezirks Nagold.**

Abhanden gekommen

ist mir am Samstag mein (Hegerlatz) **ger., hochträchtiger** **2188**

Hund.

Vor Ankauf wird gewarnt. Es wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben bei **Adolf Wolf Jr., Gündringen.**

Achtung Waldarbeiter!

Am **Donnerstag den 13. Mai, mittags 1/2 2 Uhr** finden in **Walshaus „Schwanen“** in **Altenfeld** und **abends 7 Uhr** im **Walshaus „Fisch“** in **Ebhansen**

öffentliche Waldarbeiter-Versammlungen

statt.

Hierzu laden wir die gesamten Waldarbeiter ein.

Die Bezirksleitung: **R. Sig.** **2167**

Grundstück

zu verkaufen

circa **56 Ar** am **Schloßberg.**

Zu erfragen bei der **Geschäftsstelle d. Bl.** **2184**

Echter Kautabak

(gr. Rollen) **2180**

ist eingetroffen bei **Ehr. Naaf, Rumpp's Nachf.** **Nagold - Marktstr.**

Aufruf an die Wähler!

Die Wahlen stehen vor der Tür. Auch die **deutsche Volkspartei** gedenkt, sich daran zu beteiligen. Sie ist die Fortsetzung der früheren **Nationalliberalen (Deutschen) Partei**, die im Norden keine Unterbrechung erfahren hat, bei uns im Süden aber nach der Revolution sich mit der demokratischen Partei verschmolz, in der Hoffnung, daß diese neue „**Deutsche Demokratische Partei**“ die **bürgerliche Mitte** bilde, die gegen rechts und links ihren Platz behauptet. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. In unsinnig scharfer Weise wurde der Kampf gegen rechts geführt, auch gegen den großen und tüchtigen Teil des deutschen Volkes, der auf dem Boden der neuen Verfassung ehrlich mitarbeiten wollte am Wiederaufbau des Vaterlandes. Ohne festes Rückgrat aber stand die deutsch-demokratische Partei mit der übrigen Koalition dem Radikalismus von links gegenüber und machte sich der **einseitigen Parteiherrschaft und Parteiwirtschaft** der Regierung mitschuldig. Weite Kreise des Volkes konnten dieser Entwicklung nicht länger zusehen. Sie haben sich in der **„Deutschen Volkspartei“** zusammengetan, um dem Bürgerturn diejenige politische Selbstständigkeit und Geltung innerhalb des Volksganzen zu erkämpfen, die es kraft seiner Zahl und seiner geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung zu beanspruchen hat. Nicht um einen Kampf gegen die Arbeiterschaft handelt es sich, sondern um **Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung**. Diese Forderung muß ihren Ausdruck finden in einer Regierung von über den Parteien stehenden, alle Interessen gleichmäßig vertretenden, sachmännlich gebildeten und wahrhaft führenden Persönlichkeiten. Nur so kommen wir aus dem **Elend der Gegenwart, aus dem wilden Parteihader, der immer den Bürgerkrieg im Schoße trägt, heraus.**

Durch die Einseitigkeit der Linken, zu der auch die **D.D.P.** sich zählt, ist die **deutsche Volkspartei**, die von Natur eine **Mittelpartei** ist, zurzeit noch in die **Opposition** gedrängt und zu einer **Rechtspartei** geworden. Doch grenzt sie sich auch nach rechts, gegen die **Bürgerpartei** ab. Eine **Partei-Verbindung** mit den preussischen Konservativen, die der ganzen politischen Neuordnung rein ablehnend gegenüberstehen und nur eine **Wiederherstellung** der alten Zustände erstreben, wäre ihr unmöglich. Ihre Losung lautet: **Nicht rückwärts, sondern vorwärts, zur Gesundung des deutschen Volkes!**

Seit Wochen ist die „**deutsche Volkspartei**“ in **beständigem Wachstum** begriffen. Vor allem sind in allen Teilen des Reiches **führende Männer** aus der **D.D.P.** Partei aus- und zu ihr übergetreten. Auch in **Stadt und Bezirk Nagold** ist eine solche Bewegung im Gang. Am nächsten **Donnerstag** **Abend 8 Uhr** wird der **Generalsekretär** der Partei, **Herr Dr. Hammes** aus **Stuttgart**, über

„Die politische Lage und die deutsche Volkspartei“

im **Gasthof „Röhle“** sprechen. Später soll die **Gründung** einer **Ortsgruppe** erfolgen. **Anmeldungen** hierzu nehmen die **Unterzeichneten** entgegen.

Im Namen der deutschen Volkspartei:

Seminaroberlehrer Goe. Priv. Hermann Reichert, Elektrizitätswerkbesitzer L. Wohlbold, Kaufmann Paul Günther, Dr. med. Beck.

Nagold.

Freiwillige Feuerwehr.

Nächsten **Samstag den 16. Mai 1920** rückt die **I. und II. Kompanie** zur **Übung** aus.

Antreten **morgens 7 Uhr** beim **Magazin** in der **Burgstraße.** **2181**

Das Kommando.

Turn-Verein Nagold.

Turngang am Himmelfahrtsfest nach Wildbad.

Sammlung in der **Vorstadt** präzis **1/2 7 Uhr.** Fahrt mit **Wagen** nach **Berneck**, von dort **Fußwanderung** durchs **Röhlbachtal** nach **Simmersfeld**, dort **Rast**, weiter über **Engelshütte - Wildbad**. Zurück mit der **Bahn**. (Bezugungünstigen **Beitrag** Simmersfeld.) Die **gehörigen Mitglieder** werden zu **zahlreicher** **Beteiligung** eingeladen.

Anmeldung erbitet **der Vorstand E. Braun.** **2189**

Den Amateur-Photographen

empfehlen wir unsere **eigene Dunkelkammer**, in der wir **täglich jede Menge Platten** entwickeln und **Abzüge** anfertigen. Ferner sind **sämtliche** **2116**

Photo-Bedarfsartikel u. Apparate

9:12 und 13:18 mit **Zubehör** vorrätig in der

+ Löwen-Drogerie, Gebr. Benz +

NAGOLD, Bahnhofstr. Telefon 122.

Empfehle in **besten Friedensqualitäten** sämtliche

Farben und Lacke für **Innen- u. Außenanstriche**

Leinölfirnis u. Terpentinöl

Möbelwachs

Mattierungen u. Polituren

Fußboden-Lack

Wachs

Oel usw.

zu den **billigsten Tagespreisen.**

K. Ungerer, Nagold.

Birnbaumstamm

hat zu **verkaufen**

Wer? sagt die **Geschäftsstelle** d. **Bl.**

Metallbetten

Stahlstrahlmatratzen, Kinderbetten, Polster an jeder **Katalog** frei.

Eisenmöbelfabrik, Sahl i. Thür.

Pfostenarbeiten fertig! **W. Jaiser.**

Am **Donnerstag, den 13. Mai** ds. **So.** **nachmittags 2 Uhr** findet das

Jahresfest

im **Erholungsheim Bilgerode** statt. **Herr Prediger W. Schrag** von **Badnang** wird die **Festrede** halten. **2182**

Wir laden unsere **Freunde** und **Gönner** herzlich dazu ein. **Inspektor Jahake.**

2190 **Rohrdorf, 9. Mai 1920.**

Danksagung.

Für alle **Liebe** und **Teilnahme**, die wir beim **Heimgange** unserer **lieben Schwester, Schwägerin** und **Nichte**

Wilhelmine Dürr

erfahren durften, sagen **herzlichen Dank** im **Namen** der **Hinterbliebenen:**

der Bruder Ernst Dürr.

Christliches fleißiges **1984**

Suche **2191**

auf **1. Juni** ein **fleißiges, ehrliches**

Mädchen.

welches schon **gedient** hat, wird in **einer Café** nach **Feuerbach** als **Aufliegmädchen** gesucht.

Vorzustellen gegen **Reisevergütung** **Feuerbach, Reichstr. 16.**

Emmingen.

Chr. Hänfler, Nagold.

Schlackensteine für Riegelgemäuer

2179 **liefert jedes Quantum**

Joh. Weithrecht, Kunststeingeschäft.

Bansand

hat **stets** abzugeben **Dr. Dölge.**

